

# Platz abbeck

Nr. 5, Juni 2003



## Das Cross-Border-Leasing-Lied des Kölner Chores „Die Liederlinge“

**Nä, wat weed dat demnäx geil he in Colonia, wenn uns Stadt zum US-Bundesstaat muteet. Un noh GEW und Dom und Philharmonia flück an US-Rentenfonds verscherbelt weed**

Wie wor die Zick doch ach su schlääch noch vüür paar Johre./

em Kölschen Haushalt klaaf e Riesenloch.

Et wor genau wie damals als der Kriech verlore,

ja, un wer damals half, dat wisse mer ja noch:

Dat Tafelsilver deit der Stadtrat dröm verticke an Investore us Amerika.

Cross-Border-Leasing hieß dä Steuer-Trick un die Banken schrien all bejestert „Köln Hurra.“

**Nä, wat weed dat demnäx geil he in Colonia ....**

Mir mache jetz voll op Amerikanisierung, dä kölsche Schlendrian es hüeckzedach vorbei. Unser FC spillt jetz met Helm un met Armierung, dä Ball es nit mi rund, ach wat hä es e Ei. De Hühner sin en Country Band jewoode, se nennen sich zick kootem Chicken Shack. In Nippes Jeep ze fahre es jetz groß in Mode und Waffen trägt bei uns so jut wie jeder Jeck.

**Nä, wat weed dat demnäx geil he in Colonia ...**

Zwar es uns Kölsch jetz brung und schrecklich söß wie Cola, doch ich trank eijentlich schon lange Diebels Alt. Anstatt met Euro zahlt mer hüeck bei uns met Dollar un aff un zo weed och mal einer affjeknallt. Die Pänz us Lindenthal, die bruche nit ze flieje, wolln se zom Schölerausstausch en de JuEssEi: wat se bei uns en Ihrefeld jebodde krijeje, es zehnmal geiler als im Ghetto vun EIEi.

**Nä, wat weed dat demnäx geil he in Colonia .....**

Drum Lückcher lasst üch nit vun irjendwem verzälle  
Cross-Border-Leasing wör bloß großer Volksbetrug. Die Vorteile von dem Jeschäff sin nit nur finanzielle und kulturell es die Idee echt superklug: Loss mer uns Heimatstadt doch ens komplett verkaufe, maat bloß jetz nit noch vill Jedöns un Widerstand! Mer brauche dann uns Kölle nur noch ömzetaufe und nennen unser Stadt dann Kölsches Disneyland

**Nä, wat weed dat demnäx geil he in Colonia .....**

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

## Privatisierung und Korruptionsprävention Oppenheim und die IHK schäumen

Durch Ausgliederungen von weiten Teilen der Verwaltung wächst die Gefahr, „dass in einer Gesamtschau der einzelnen Privatisierungsmaßnahmen nicht nur erhebliche Kompetenzen des Rates, sondern auch Aufgaben und Befugnisse des Rechnungsprüfungsamtes sowie anderer Kontrollinstanzen verloren gehen,“ schreibt das Rechnungsprüfungsamt (RPA) in einer Mitteilung. Das hat nun den Zorn des Herrn von Oppenheim und der Kölner Kapitalisten hervorgerufen. Sie haben sich sogar an den Oberbürgermeister gewandt und fordern einen Maulkorb für den Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes, Herrn Witt. Dabei hatte sich Witt in der Öffentlichkeit gar nicht geäußert, sondern die Medien hatten aus dem Papier einfach zitiert, wie Herr Witt in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses berichtete. Die Kölner Unternehmer sind nicht lernfähig, für sie ist die vollständige Privatisierung die beste Korruptionsprävention, wie sie vollmundig gegenüber dem OB erklären: „Die beste Barriere gegen die Korruption ist nach Überzeugung der IHK der wirksame Wettbewerb, weil er verhindert, dass korrup-

tionsbedingt überhöhte Kosten am Markt durchgesetzt werden können.“ (Presserklärung der IHK vom 10. Juni)

Das RPA weist zu Recht darauf hin, dass in §40 der Gemeindeordnung klar geregelt ist, dass die Verwaltung, und dazu gehören auch alle Ratsmitglieder, „ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt“ werde. Mit einer Privatisierung werden aber der Wille und die Befugnisse der Kölnerinnen und Kölner durch Verkauf aufgegeben und somit demokratische und soziale Rechte veräußert und zerschlagen. Die IHK und neoliberale Ratsmitglieder, an der Spitze Prof. Bietmann, wollen das „Bürgereigentum“ zerschlagen und eine andere Demokratie schaffen. Das Rechnungsprüfungsamt sagt das nicht ganz so deutlich, wenn es schreibt:

„Die Ausgliederung von Verwaltungsteilen führt jedoch dazu, dass für immer mehr Bereiche ausschließlich die Geschäftsführungsorgane der privat rechtlich organisierten Betriebe entscheidungsbefugt sind.“

Und zu den bevorstehenden Privatisierungen und Ausgliederungen schreibt das Amt: „Nach Gründung der StEB und der



200 Leute beteiligten sich an einer Kundgebung mit zahlreichen gelungenen Kultur- und Redebeiträgen gegen das Cross-Border-Leasing-Geschäft der GEW-RheinEnergie vor der Hauptzentrale am Parkgürtel. Chor: „Die Liederlinge“

[www.pds-koeln.de](http://www.pds-koeln.de)

# Ist die Gemeindefinanzreform unsere letzte Hoffnung?

Im Jahr 2002 wies der Haushalt der Stadt Köln einen Fehlbetrag von 216 Millionen Euro auf. In diesem Jahr kommen weitere 312 Millionen Euro hinzu. Dieses Haushaltsloch wird voraussichtlich in den kommenden Jahren größer werden.

Aus diesem Grund wurde die Stadt Köln verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen. Dies bedeutet in seiner letzten Konsequenz, dass nach und nach alle sogenannten freiwilligen Aufgaben der Kommunen zurück gefahren bzw. eingestellt werden müssen. Dieses Horrorszenario könnte mittelfristig den gesamten Bereich sozialer Angebote der Stadt aushöhlen. Da ein Haushaltssicherungskonzept unter der Knute der Bezirksregierung steht, wird die Handlungsfähigkeit des Rates immer mehr eingeschränkt.

Wir sind gegenwärtig in Köln an einem Punkt angekommen, wo die verfassungsrechtlich garantierte Kommunale Selbstverwaltung ernsthaft in Gefahr ist.

Diese Finanzkrise besteht nicht nur in der Stadt Köln, sondern in der überwältigende Mehrheit der nordrhein-westfälischen Kommunen.

Die Ursachen dieser Finanzkrise liegen in erster Linie in der Politik der Bundesregierung, aber auch in einer jahrzehntelangen Kurzsichtigkeit bei Verantwortlichen in Bund, Länder und Stadt.

Durch eine unverantwortliche Einräumung von Steuerprivilegien gegenüber dem Großkapital sind die Gewerbesteuer-einnahmen der Kommunen dramatisch gesunken. Daher muss eine Gemeindefinanzreform diese Entwicklung umkehren.

Das Ziel der Gemeindefinanzreform ist es deshalb, u.a. durch eine Reform der Gewerbesteuer die diesbezüglichen Einnahmen zu erhöhen, zu verstetigen und zu stabilisieren. Der deutsche Städtetag schlägt deshalb vor, den Kreis der Steuerpflichtigen zu erweitern. Freibeträge sollen dafür sorgen, dass gering verdienende Selbstständige nicht über Gebühr belastet werden. Weiterhin soll nach der Vorstellung des deutschen Städtetages die Bemessungsgrundlage verbreitert werden. Auch Einnahmen aus Vermögen sollen berücksichtigt werden.

Eine weitere Ursache für die desolante Finanzsituation der Kommunen ist die Unsitte sämtlicher Bundesregierungen, Auf-

gaben auf die Kommunen zu übertragen, ohne ihnen die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der deutsche Städtetag fordert daher zu Recht, das Konnexitätsprinzip, nach dem Motto

„wer bestellt, bezahlt“ im Grundgesetz festzuschreiben.

Jetzt den Eindruck zu erwecken, als sei die Schuldenpolitik für Köln oder Land und Bund ein plötzlich über uns gekommenes Ereignis und unter Zeitdruck massiven Sozialabbau zu betreiben, wird von uns kategorisch abgelehnt. Auch sei die Frage erlaubt, ob sich die Macht des Kapitals und ihre Kartelle in Ämtern und Medien so breit gemacht haben, dass eine Alternative zur derzeitigen Notstropmpolitik als unmöglich erscheint.

Sengül Senol



## Fortsetzung von Seite 1

AWB (Stadt-Entwässerungs-Betriebe und Abfallwirtschaftsbetriebe) sind bereits die Beschaffungen und Bauvorhaben aus den Bereichen Abfallbeseitigung und Stadtentwässerung aus dem Aufgabenkatalog entfallen. Wenn jetzt darüber nachgedacht wird, beispielsweise auch noch den Tiefbaubereich, die Gebäudewirtschaft, die Kliniken, die SBK (Riehler Heimstätten), die Bühnen und die Museen auszugliedern, wäre so gut wie keine Baumaßnahme mehr durch das Rechnungsprüfungsamt zu kontrollieren.“

Auf den Einwand von Herr Bietmann, dass das Rechnungsprüfungsamt dann die ausgliederten Betrieben auch prüfen können muss, antwortet die Mitteilung des Amtes schon im voraus, wenn bemerkt wird: „Selbst wenn dem Rechnungsprüfungsamt

Prüfrechte bei der privatrechtlich organisierten Gesellschaft eingeräumt würden, bestünde das Problem, dass eine vergaberechtliche Überprüfung mangels Anwendungsverpflichtung der VOB/A ins Leere laufen würde bzw. nur bei Überschreitung der EU-Schwellenwerte in Betracht käme.“

Und das Amt fordert von den Kölner Ratsmitgliedern zu handeln:

„Es sollte daher zumindest angemessen überdacht werden, ob der hohe Standard, der bei der Stadtverwaltung im Hinblick auf Korruptionsprävention mühsam erreicht ... ausgerechnet nicht mehr auf die Bereiche angewendet werden soll, die sich aufgrund ihrer Aufgabenerfüllung als besonders korruptionsgefährdet herausgestellt haben.“

Jörg Detjen

## Offene Altenarbeit spart Pflegegeld

Im Rahmen einer Veranstaltung der PDS-Offene Liste zum Haushalt und zur Vorbereitung der nächsten Kommunalwahl gab Brigitte Erdweg einen Einblick in die Arbeit von offenen Alten-Treffpunkten. Schon vor der letzten Ratssitzung hatten Betroffene Körbe mit Blumen und sorgfältig gerollten und mit Schleifchen versehene Briefe an die Ratsmitglieder übergeben.

Brigitte Erdweg erläuterte den hohen Stellenwert von offenen Seniorenangeboten. Sie fördern die körperliche, geistige und soziale Fitness, ermöglichen älteren Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und „verzögern und verhindern Pflegebedürftigkeit“.

Die Richtigkeit dieser Behauptung bestätigt der „Plan für ein seniorenfreundliches Köln 2001/2002“ wie folgt:

„Alle Experten gehen davon aus, dass Angebote der offenen Altenhilfe insbesondere im Hinblick auf die Pflegebedürftigkeit präventiv und damit bedarfssenkend wirken. In diesem Zusammenhang sind folgende Zahlen von Interesse:

Für die Angebote der offenen Altenarbeit wendet die Stadt jährlich 603.000 Euro auf Bei 18.000 Kunden (so viele Menschen nutzen jährlich diese Angebote) bedeutet das Jahreskosten pro Fall in Höhe von 33,75 Euro. Kosten in dieser Höhe entstehen bei Pflegebedürftigkeit bereits in einer Arbeitsstunde einer Fachkraft.

Für die ambulante und stationäre Pflege von rund 18.000 Pflegebedürftigen wendet die Stadt Köln jährlich 33 Millionen Euro auf.

Kürzungen bei Angeboten in der offenen Altenarbeit sind kontraproduktiv und haben mit nachhaltigem Sparen nichts zu tun. Im Gegenteil, durch die Kürzungen erhöhen sich die städtischen Ausgaben für ambulante und stationäre Pflege.“ huh

## Flüchtlingsschiff räumen – Konzept erarbeiten

Die schwarz-grüne Koalition hat im Rat für die nächste Ratssitzung beantragt, einen „Runden Tisch für Flüchtlingsfragen“ zu initiieren und damit endlich die Forderung des Flüchtlingsrates umzusetzen.

Nach langer Zeit ist dies wieder ein begrüßenswertes Signal, sich tendenziell mit dem Problem der Flüchtlinge auseinander zu setzen. Allerdings reicht dies nicht aus, um die inhumane Flüchtlingspolitik von den Ursachen her zu ändern. Bislang ist nicht geklärt, welche Kompetenzen dieser Runde Tisch bekommen soll. Im Wesentlichen soll er eine Bestandsaufnahme der Flüchtlingssituation bringen.

Seit Dezember 2002 befinden sich bis zu 200 Menschen auf dem Flüchtlingschiff

### ■ Ehrenfeld

## Keine Bezirke erster und zweiter Klasse

Hauptberatungspunkt der Bezirksvertretungssitzung am 2.6. war der Haushaltsplan-Entwurf 2003 und 2004 und das Haushaltssicherungskonzept. Die Bezirksvertreter lehnten die gewünschte Formulierung „nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis“ ab und verabschiedete statt dessen einen umfangreichen Änderungskatalog der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Darin ging es vor allem um die Zurrücknahme von Kürzungsabsichten in den Bereichen Kinder, Jugend, Schule, Gesundheit und Kultur.

Die Vertreterin der PDS/Offene Liste kritisierte die Vorlage als „unsozial, unseriös und unehrlich“. Helga Humbach begründete ihre Meinung mit einer Kurzana-

lyse des „Zielpapiers zur Verwaltung in den Stadtbezirken“. Darin hat die Verwaltung als Ziel vorgegeben, „die politischen Schwerpunktbereiche Bürgerservice, Sicherheit und Ordnung und Soziale Stadt“ weiter zu verbessern. Humbach: „Was dann aber kommt, ist das genaue Gegenteil.“

Wenn von neun Bürgerämtern fünf geschlossen werden – wo bleibt dann der Bürgerservice? Erst vor einem Jahr wurde hier in Ehrenfeld die mit einem Kostenaufwand von rund einer Viertelmillion Euro „bürgernäher“ gestaltete Meldehalle eingeweiht und von OB Schramma als beispielhaft gelobt. Seitdem haben die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich kürzere Wartezeiten und schnellere Bearbeitung ihrer Anliegen erfahren. Soll das alles jetzt zugunsten eines Auskunftsschalters verschwinden? ... Zur „Sozialen Stadt“ gehört das Zusammenspiel von Vereinen, Initiative und

Einrichtungen wie Bürgerzentren und Bürgerhäusern, Stadtbibliothek oder interkulturellem Zentrum ebenso wie das Engagement einzelner Bürgerinnen und Bürgern als Spielplatzpaten oder sonstigem. Sollen sie jetzt mit ihren Problemen und Anregungen nach Lindenthal gehen, wo sich keiner mit den örtlichen Verhältnissen hier auskennt und allenfalls Rechtsbelehrungen geben kann statt konkreter Hilfe?

Noch nicht einmal ein „Kundenzentrum“ ist für die rund 100 000 Einwohner des Stadtbezirks 4 vorgesehen, was immer das auch sein mag.

### Es darf keine Bezirke erster und zweiter Klasse geben!

Die 60 Millionen, die am Schluss genannt werden, scheinen angesichts der vorher ebenfalls an vielen Stellen eingeräumten Kostenfaktoren eher Luftschlösser als Realität.

Kommt die Verwaltung mit ihren Zielvorstellungen durch, bedeutet das eine unwiderbringliche Zerschlagung gewachsener sozio-kultureller Strukturen, mit heute noch nicht kalkulierbaren sozialen Risiken. Die PDS-Offene Liste lehnt diese Kahlschlagpläne ab und unterstützt die sich entwickelnden sozialen Protestbewegungen.“

in Deutz, darunter 90 Kinder. Es wird gesagt, dass das Schiff ab September aufgelöst werden soll. Wie lange soll diese inhumane Situation noch dauern?

Nach dem Asylverfahrensgesetz dürfen Flüchtlinge nur 6 Wochen bis höchstens 3 Monate in der Erstaufnahme bleiben. Das Gesetz wird in Köln einfach missachtet.

Der Antrag von CDU und Grünen sieht vor, dass die Erstaufnahme in Zukunft und in der Regel auf die Einrichtung Vorgebirgsstraße konzentriert werden soll.

Nach Auffassung des Flüchtlingsrates ist diese Einrichtung baulich nicht geeignet und personell nicht in der Lage, Flüchtlinge aufzunehmen. Es ist weiterhin zu befürchten, dass es bei der Sammelverpflegung bleibt. Wir, die PDS-Offene Liste, fordern die Unterbringung der Flüchtlinge in dezentralen Einrichtungen. Die Stadt Köln braucht ein menschenwürdiges Flüchtlingskonzept. Die dezentrale Unterbringung gehört dazu. Sie verhindert eine Ghettobildung, in der Menschen nur noch als Gruppe und nicht mehr als individuelle Persönlichkeiten wahrgenommen werden.

Kinder von Flüchtlingen müssen ohne Stigmatisierung in die Lage versetzt werden, ihr Recht auf Schulbildung zu erhalten und auch Angebote und Hilfe zur Integration durch Sprachkurse und Sport, durch Spiel und Kontakt mit länger ortsansässigen Kindern. Kindern und Erwachsenen ist zudem das Angebot zu machen, ihre Fluchterfahrungen ohne Nachteile gesprächstherapeutisch aufarbeiten und ihre Lebensziele neu für sich entdecken zu helfen. *Sengül Senol*

## Schwarz-Grün greifen Vorschlag der PDS Offenen Liste auf

Vor gut sieben Monaten brachte die PDS-Offene Liste einen Antrag im Rat ein, der sich gegen die Einführung der Zweitwohnungssteuer wandte und einen Zuzugsbonus in Form von Erstattung der Semestergebühren vorschlug. „Ein gute Idee“ bescheinigten viele, nur CDU und FDP lehnten vehement ab. Der Stadtkämmerer Soénius sprach gar von „Rechtsbruch“. Einen ähnlichen Antrag hat jetzt Schwarz-Grün eingebracht. Nur eine Light-Version: Jeder Studierende soll „eine persönliche Bonuskarte für 10 freie Besuche in städtischen Sport- und Kulturinstitutionen“ erhalten.

Dass Auszubildende von der Regelung ausgeschlossen sind, kritisiert inzwischen der AStA der Uni Köln in einer Erklärung. Pendler sind auch nicht einbezogen. Welchen Wert die Bonuskarten haben sollen, ist auch nicht klar. 10 x 3,10 Euro (Eintritt fürs Schwimmbad) oder 10 x 30 Euro (Eintritt bei der Philharmonie)? Bei der letztere Variante könnten die Studenten zufrieden sein. Das scheint aber nicht die Absicht von Schwarz-Grün.

Zu befürchten ist, dass die Verwaltung den Zuzugsbonus so unattraktiv gestaltet, dass die Zustimmung der Studierenden gering sein und eine gute Idee zunichte gemacht wird. Der Kämmerer liegt nämlich schon auf der Lauer, hat er doch im Haushalt die Einführung der Zweitwohnungssteuer mit vier Mio. Euro bereits vorgesehen.

Deshalb tritt die PDS dafür ein, dass das Konzept eines Zuzugsbonus sehr eng mit der AStA der Uni Köln, aber auch mit dem Amt für Tourismus abgestimmt wird. Beide Partner kennen die Interessen dieser Personengruppe und haben schon in anderen Zusammenhängen konstruktive Vorschläge unterbreitet. *Jörg Detjen*

## Initiative zum Erhalt der Stadtteilbibliotheken

In einem Offenen Brief an OB Schramma fordern Sülzer Nutzerinnen und Nutzer, „uns unsere Stadtteilbibliotheken zu erhalten!“

Sie weisen darauf hin, dass Stadtteilbibliotheken einen wichtigen Teil der kulturellen Grundversorgung darstellen und gerade für Kinder und Jugendliche unverzichtbar sind. „Aber auch für Seniorinnen und Senioren hat sie einen hohen Stellenwert, insbesondere dann, wenn alters- und gesundheitsbedingt die Mobilität eingeschränkt ist.“, heißt es in der Resolution.

Die Initiatoren verweisen auf die hohen Nutzerzahlen und schreiben: „Von den insgesamt 102.723 Mitgliedern, Nutzern mit Ausweis, entfallen 57.864 auf die Stadtteilbibliotheken. Im letzten Jahr hatten die Kölner Bibliotheken insgesamt 2.168.286 Besucher, 1.351.286 in den Stadtteilbibliotheken. Diese Mengen kann die Zentralbibliothek nicht verkraften.“

Abschließend warnen die Sülzer davor, „bestehende Infrastrukturen, die für viel Geld aufgebaut worden sind, zu zerstören.“

# Korruption in den Kommunen: Köln ist überall!

Bestechlichkeit ist nicht nur in der „Colonia corrupta“ zu finden, sondern – wen wundert`s? – in vielen anderen Kommunen. „Köln ist überall“, folgerte daraus auch schlüssig der Antikorruptionsbeauftragte der Stadt Köln, Oberrechtsrat Josef Breuer, in der Lutherstadt Wittenberg, wo am 11./12.6.2003 TRANSPARENCY INTERNATIONAL mit dem Wittenberger Zentrum für Globale Ethik zu einer Tagung „Korruptionsbekämpfung in kommunalen Verwaltungen“ sowohl Kommunalbeamte wie auch Kommunalpolitiker zum Meinungsaustausch geladen hatte. Aus Köln folgten dem Ruf noch aus dem Amt des Oberbürgermeisters der Kommunalverfassungsrechtler Dr. Lothar Becker sowie als einziger Vertreter der Ratsparteien der Geschäftsführer der PDS/OL-Ratsgruppe, Wolfgang Breuer.

Die Tagung beschränkte sich allerdings nicht allein auf die durch Bestechlichkeit und Vorteilsnahme gefährdeten Kommunalbediensteten, sondern sie befasste sich auch und gerade mit der moralischen Verderbtheit der Kommunalpolitiker. Aktuelle Anlässe gab und gibt es ja zur Genüge. Anspielungen auf den „Kölner Klüngel“ – längst Volksmund geworden wie etwa das Knöllchen – lagen bei vielen Teilnehmern auf der Zunge. Moralische Appelle, da waren sich alle einig, helfen indes nicht weiter. Die Korruptionsversuche werden an alle im Rat vertretenen Parteien herangetragen. Allerdings scheinen Häufigkeit und Intensität mit den jeweiligen Machtzuständen und damit den Mehrheitsverhältnissen im unmittelbaren Zusammenhang zu stehen. Wer im Rat „nichts zu sagen“ hat, bleibt von den korruptiven Ansinnen weitgehend verschont. So bislang auch die PDS/OL im hiesigen Rat.

Wichtig und wissenschaftlich unumstößlich erwies sich die persönliche Vorbildfunktion von Führungskräften in Verwaltung und – Politik. Es gelte, so resümierte die Gesprächsrunde, einem Heldenmythos entgegenzutreten. Der „typische“ Täter struktureller Korruption ist (nach Bannen-



berg) männlich, deutsch, nicht vorbestraft, hat keine Schulden. Er übt Macht- und Entscheidungsbefugnisse in Unternehmen, Verwaltung und Politik aus, ist ehrgeizig, investiert viel Zeit in den Beruf, hat meist Fachkompetenz, ist eher ein Aufsteiger, oft über den 2. Bildungsweg, macht häufig Aus- und Fortbildungen mit, zeigt sich über 10 – 20 Jahre vertraut mit Korruptionsstrukturen, legt Wert auf gesellschaftlichen Status und hat einen hohen Lebensstandard. Und er versteht sich – realitätsfern ohne Unrechtsbewusstsein – nicht als illegal handelnd.

Während der Tagung trugen die beiden Stadtverwaltungsvertreter Dr. Becker und J. Breuer dem Plenum auszugsweise die Neufassung des Leitfadens zum Verfahren bei der Aufdeckung von Korruption und die modifizierten Vergaberichtlinien vor. Der Antikorruptionsbeauftragte nutzte den historischen Ort, um wie Martin Luther am 31.10.1517 die „95 Kölner Thesen zur Korruptionsprävention“ vor dem Portal der Wittenberger Schlosskirche symbolisch zu präsentieren (siehe Bild).

Wichtig sind auch die externen Signale mit ihren enormen Plusfolgen für einen positiven Standortfaktor, wenn die Korruption in Stadt und Rat erfolgreich bekämpft

wird. Das bringt messbare Wettbewerbsvorteile und einen hohen Imagegewinn nicht nur für KölnMesse und die Kammern (IHK/HWK).

Kommunale Mandatsträger gingen bis dato straffrei aus, wenn sie sich beschenken oder bestechen ließen; die §§ 331 und 332 des Strafgesetzbuches schienen für sie als Straftaten im Amt nicht zu gelten, weil die dazu nötige persönliche Amtsträgerschaft nach § 11 Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe c) a.a.O. in der Rechtsprechung ausgeklammert wurde. Nunmehr hat die 14. große Strafkammer beim Landgericht Köln durch Beschluss (Az 114 Qs 5/03) festgestellt, dass Ratsmitglieder (ebenso: Mitglieder von Kreistagen und Bezirksvertretungen) in NRW dazu bestellt sind, gleichwohl Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrzunehmen.

Auf einen ganz anderen Aspekt im Zusammenhang mit Korruption im öffentlichen Raum sei hier noch aufmerksam gemacht: die ungehemmte Umwandlung städtischer Dienststellen in andere Rechtsformen – Stichwort: formelle und materielle Privatisierung – gefährdet in erheblichem Umfang jegliche Korruptionsprävention, ja macht sie letztendlich zunichte.

Wolfgang Breuer

**Bitte kostenlos schicken**

**Platzj abbeck**  
Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuenburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

- Ich möchte den Platzj abbeck zugeschickt bekommen  
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

An die PDS-Offene Liste  
im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3  
Postfach 103 564  
50475 Köln